



FERI Economics Update Februar 2021

FERI INVESTMENT RESEARCH

„Bidenomics“: Licht und Schatten einer keynesianischen Wirtschaftspolitik

- **Schub infolge expansiver Fiskalpolitik: US-Wirtschaft wächst 2021 um mehr als 5,5%**
- **Aktive Industriepolitik bringt Gewinner und Verlierer hervor**
- **Umverteilung zugunsten unterer Einkommensgruppen**

Bad Homburg, 1. Februar 2021 – Die Wirtschaftspolitik des neuen US-Präsidenten wird sich in wesentlichen Punkten von der seines Amtsvorgängers unterscheiden. Kernstück der „Bidenomics“ wird im Wesentlichen eine schuldenfinanzierte Förderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, verbunden mit einer aktiven Industrie- und Verteilungspolitik sein. Zunächst hat die Bekämpfung der Corona-Pandemie Priorität: Die Impfkampagne soll beschleunigt und besser koordiniert werden, damit die Infektionszahlen schnell und nachhaltig sinken. Nach einem voraussichtlich schwachen ersten Quartal könnte die US-Wirtschaft dann ab dem Frühjahr wieder durchstarten. 1,9 Billionen US-Dollar will Biden zusätzlich ausgeben, um die Konjunktur anzukurbeln. Steuerschecks von 2.000 Dollar pro Haushalt und eine erhöhte Arbeitslosenunterstützung von 400 Dollar pro Woche sind dabei klassische Elemente einer keynesianischen Fiskalpolitik: Zusammen mit den bereits zum Jahresende 2020 beschlossenen Ausgaben in Höhe von 940 Milliarden Dollar wird dieser fiskalische Impuls vor allem den privaten Konsum beflügeln. Weil die so erzeugte Nachfrage an vielen Stellen auf knappe Produktionskapazitäten trifft, werden auch die Investitionen deutlich anziehen. Insgesamt wird die US-Wirtschaft damit im laufenden Jahr voraussichtlich um mehr als 5,5 Prozent wachsen – etwa ein Prozentpunkt mehr, als ohne das Konjunkturprogramm zu erwarten gewesen wäre. Weil die Inflation vorerst moderat und die Geldpolitik expansiv bleiben wird, haben die Aktienmärkte ihre Gewinnerwartungen zuletzt nach oben angepasst und entsprechend euphorisch reagiert.

Strukturwandel durch aktive Industriepolitik

Die „Bidenomics“ werden sich allerdings nicht in einem riesigen Ausgabenprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft erschöpfen. Massive Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung, regenerative Energien und alternative Antriebssysteme für den Individualverkehr sollen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, sind aber prinzipiell auch geeignet, Arbeitsplätze zu schaffen. Man darf vermuten, dass die Biden-Administration im Falle von Zielkonflikten tendenziell letzterem den Vorzug gegenüber ersterem geben wird. Der auf diese Weise ausgelöste bzw. verstärkte Strukturwandel wird – wie jeder Strukturwandel – auch Verlierer hervorbringen.

Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik

Schließlich enthalten die „Bidenomics“ eine klare verteilungspolitische Komponente: Vom Aufschwung sollen vor allem untere und mittlere Einkommensschichten profitieren. Das ist nicht nur ein Unterschied etwa zur Trumpschen Unternehmenssteuerreform, sondern auch zur Politik demokratischer Vorgänger im Amt wie Obama. Diesem Ziel soll eine Anhebung des Mindestlohns auf 15 Dollar pro Stunde ebenso dienen wie eine Stärkung gewerkschaftlicher Rechte und Steuererhöhungen. Zwar dürfte eine Umkehrung der Trumpschen Steuerreform kaum durchsetzbar und auch nicht wirklich zielführend sein, doch müssen insbesondere die Angehörigen der oberen Einkommensschichten mit punktuellen Steuererhöhungen rechnen. Das Motiv liegt dabei nicht in der



Verringerung des staatlichen Defizits, sondern in einer Verringerung der erheblichen sozialen Ungleichgewichte, die für die Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten charakteristisch waren und wesentlich zur inneren Spaltung des Landes beigetragen haben. Für die Unternehmensgewinne könnte dieser Teil der „Bidenomics“ belastend wirken, was an den Märkten bislang offenbar noch keine große Rolle gespielt hat.

Wenn Biden sein Programm in wesentlichen Teilen umsetzen kann, lassen die „Bidenomics“ eine dynamisch wachsende Wirtschaft, ein fortgesetzt sehr hohes Haushaltsdefizit und einen spürbar schwächeren US-Dollar erwarten.

Über den Autor

Axel D. Angermann analysiert als Chef-Volkswirt der FERI Gruppe die konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen aller für die Asset Allocation wesentlichen Märkte. Diese Daten bilden die Grundlage für die strategische Ausrichtung der Vermögensanlagen der FERI. Angermann verantwortet seit 2008 die von FERI erstellten Analysen und Prognosen für die Gesamtwirtschaft sowie einzelne Branchen. 2002 trat er als Branchenanalyst in das Unternehmen ein. Seine berufliche Karriere begann beim Max-Planck-Institut für Ökonomie und beim Verband der chemischen Industrie. Angermann studierte Volkswirtschaftslehre in Berlin und Bayreuth.

Über die FERI Gruppe

Die FERI Gruppe mit Hauptsitz in Bad Homburg wurde 1987 gegründet und hat sich zu einem der führenden Investmenthäuser im deutschsprachigen Raum entwickelt. Für institutionelle Investoren, Familienvermögen und Stiftungen bietet FERI maßgeschneiderte Lösungen in den Geschäftsfeldern:

- **Investment Management:** Institutionelles Asset Management & Private Vermögensverwaltung
- **Investment Consulting:** Beratung von institutionellen Investoren & Family Office Dienstleistungen
- **Investment Research:** Volkswirtschaftliche Prognosen & Asset Allocation-Analysen

Das 2016 gegründete **FERI Cognitive Finance Institute** agiert innerhalb der FERI Gruppe als strategisches Forschungszentrum und kreative Denkfabrik, mit klarem Fokus auf innovative Analysen und Methodenentwicklung für langfristige Aspekte von Wirtschafts- und Kapitalmarktforschung.

Derzeit betreut FERI zusammen mit MLP ein Vermögen von 40,8 Mrd. Euro, darunter 9 Mrd. Euro Alternative Investments. Die FERI Gruppe unterhält neben dem Hauptsitz in Bad Homburg weitere Büros in Düsseldorf, Hamburg, München, Luxemburg, Wien und Zürich.

Pressekontakt FERI:

FERI AG

Katja Liese

Tel.: 06172 / 916-3192

presse@feri.de

www.feri.de